

Verkauf.
Neujahrsgeschenke.
 ...
 Confections-Magazin,
 ...
 asiewicz. 6-6

Neujahrsgeschenke.
 ...
 ...
 ...

Uhrwerk.
 ...
 ...
 ...

Uhrwerk.
 ...
 ...
 ...

Marktpreis
 (Abrechnung) für 1870.

Besten	Mittlerer	Weniger
fl. kr.	fl. kr.	fl. kr.
5 87	5 60	5 33
4 93	4 67	4 40
4 27	4 13	4 —
2 53	2 40	2 27
3 73	—	—
2 13	—	—
11	—	—
9	—	—
7	—	—
24	—	—
24	—	—
18	—	—
20	—	—
2 5	—	—
2	—	—
80	—	—
70	—	—
13 50	—	—
20	—	—
40	—	—

Erste
 ...
 ...
 ...

Sermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

Siebenbürger Boten.

Inserta
 ...
 ...
 ...

Abonnements-Bureaus: In Mediasch bei Joh. Hedrich's Erben; in Schäßburg bei C. J. Habersang's Buchhandlung (C. F. Erler); in Szas-Regen bei Dr. J. S. Rinn, Kaufmann; in Broos bei Dr. J. F. Leonhard Kaufmann; in Mählbach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in M. Wasarhely bei Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bistritz bei Herrn C. Schell, Lehrer; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Reidner, Buchhändler; wofür die Abonnements-Beiträge franco erbeten werden.

Nr. 316. **Sermannstadt, Montag am 19. December** **1870.**

Telegramme

„Sermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“
Berlin, 18. December. Die Festung Langres wird wahrscheinlich erobert, um dem Freischützenwesen ein Ziel zu setzen.
Bordeaux, 18. December. Eine Depesche Chanzy's stellt die Streitkräfte des Feindes auf beiden Voire-Üfern minder bedrohlich dar, als behauptet wurde.
London, 18. December. Die vom hiesigen Cabinet abgegebene Antwort auf Bismarck's Note verweigert Preußen das Recht der Selbstbestimmung von Luxemburger Verträge, hofft aber auf freundschaftliches Arrangement, indem Preußen die praktische Ausführung der Vertrags-Annullirung unterläßt.

Amtliches.

(Auszeichnungen.) Sr. I. und apost. Majestät haben dem Pressbürger Postdirector Karl Vrabely aus Anlaß seiner auf dessen eigenes Ansuchen erfolgten Pensionirung als Anerkennung seiner während einer fünfzigjährigen Dienstzeit erworbenen Verdienste die königlichen Ratsstühle verliehen.
 (Ernennungen.) Sectionsrath und Kaufmann-Director Edmund Zarecky, Staatsanwalt Mich. Sebestyen und Adv. Dr. Ludw. Fischer zu Mitgliedern der juristischen Staatsprüfungskommission an der Kaufsburger Rechtsakademie. Joh. Hörl zum provisorischen Lehrer der Pönczer Präparandie-Clementarschule. — Georg Molnar zum Districtal- und Cass. Urogosy zum Assistenten bei der Neuholzer Finanzdirection, beide provisorisch.
 Martin Szilvassy zum Steuerinspector und Georg Roskany zum Steueramtskontrolleur; Friedrich Müller zum Sermannstädter Postamtskontrolleur. (Namensänderungen.) Louise Sermann für sich und ihren minorirenden Sohn Ludwig in „Urai“, und Florian Daemp für sich und seine Kinder Ludwig, Bela, Florian und Franz in „Darnai“.

Politische Uebersicht.

Wien, 15. December.
 Der Herr Ministerpräsident Graf Potocki ist von Ofen bereits zurückgekehrt, und zwar, wie allgemein verlautet, unverrichteter Sache. Die Ministerkrisis bleibt noch in der Schwebe. Daß Graf Potocki in Pest mit irgend einem Parteiführer des Reichsraths conferirt, wird heute in Aorede gestellt. Wie officiös gerathet wird, dürfte vor Klärung der Situation kaum eine Aenderung im bisherigen status quo, also auch keine Entschädigung in der schwebenden Ministerfrage zu erwarten sein.
 Sr. Majestät der Kaiser wird Sonntag hier eintreffen und Dienstag nach Meran reisen.
 Die Delegationen werden am Montag die letzte Sitzung vor den Feiertagen halten und sich bis zum 8. Jänner vertagen.
 Der croatische Landtag vertagte sich schon gestern, nachdem er die Entschädigung sämtlicher Straßen in Staats-, Landes- und Bezirksstrassen genehmigt hatte, bis nach Neujahr.
 Die „Correspondenz Warren's“ bringt die Antwort des Reichskanzlers auf das Memorandum der Czechen. — Graf Beust lehnt es ab, irgend eine Verfügung mit dem Schwerte zu treffen und sieht sich veranlaßt, das eide in die Hände Klags zu zerschlagen. Das Schreiben verweist den Czechen die Unrichtigkeit des Memorandums mit ihren Wünschen auf den Reichs- und Landesverfassung vorzugeschickten gesetzlichen Weg und erinnert an seinen stets lebhaft geäußerten Wunsch, die Gesamtbevölkerung Böhmens im Parlament vertreten zu sehen. (Graf Beust) habe keine Abtugung der historischen Rechte nie verleugnet, aber er könne die Hand dazu bieten, daß der bestehende Verfassung ein mit ihr unvereinbares, auf die willkürliche Gruppierung historischer Momente bestehendes Staatsrecht zur Seite gestellt werde. — Als das politische Schwergewicht der Verfassung und als ihren alleinigen Zweck betrachtet Graf Beust die Pontusfrage und vermag nicht abzusehen, daß die böhmische Nation hieran ein größeres Interesse als irgend ein anderer Volkstamm Oesterreichs haben würde. — Ihm scheint, die böhmische Nation habe das gleiche Interesse mit allen österreichischen Stämmen, nämlich: Daß Recht, Vertrag, Vertrag bleibe. Offenbar liege in der Accentuirung des Gegenstands eine politische Manifestation zu Gunsten einer Macht, mit der die Monarchie zwar an sich befreundet, aber gerade über den fraglichen Gegenstand in erster Ordnung begriffen ist. Ein solches Vorgehen verdiene den schärfsten Tadel.
 Graf Beust erinnert an die Reise der Czechenführer nach Moskau und an die Maßigung, welche die Regierung damals dieser Manifestation gegenüber beobachtete. Allein auch die Persönlichkeit habe ihre Grenzen, besonders wenn das richtige Verhältniß für dieselbe fehlt. Kein Staat könne gestatten, daß Parteien im Innern sich in einer Richtung bewegen, die Graf Beust, um nicht ein auf den Lippen Laufendes schwebendes härteres Wort zu gebrauchen, nur als Preisgebende des Landes bezeichnet. In jedem Staate würde dem gegenüber der Staatsgedanke sich mit siegreicher Gewalt erheben und auch in Oesterreich muß einem solchen Beginnen energisch begegnet werden. — Er sei berufen, die österreichische Politik zu vertreten, wie soll aber dieser Aufgabe genügt werden, wenn man in ersten Augenblicken nur Trennung statt Einigung begegnet? Schließlich spricht Graf Beust die feste Ueberzeugung aus, daß seine Anschauungen von der unendlichen Mehrheit der österreichisch-ungarischen Bevölkerung getheilt werde, darunter auch der böhmischen Nation, deren Führer in eine immer einseitige Parteilichkeit sich vertiefen und unablässig im Innern gegen das Ansehen des Czechen, nach Außen gegen die Machtstellung einen Kampf unterhalten, der in seinem letzten Ende nur zu einer schmerzlichen Enttäuschung führen kann.

Die Friedensausichten schwinden immer mehr. Weder mag die europäische Diplomatie sich zu einem energischen Schritte aufraffen, noch kann die preussische Regierung sich angesichts der letzten Ereignisse, welche für die Deutschen nicht weniger als günstig waren, hebeln lassen, einen Frieden zu schließen, der offenbar den preussischen Forderungen weniger gerecht werden möchte, als wenn er vor Wochen geschlossen worden wäre; noch endlich wird sich die französische Regierung zu den geforderten schweren Opfern verstehen wollen in einem Momente, wo zwar die Sache der Republik noch keine entscheidende günstige Wendung genommen, wo aber doch die letzten Ereignisse unzweifelbare Beweise der ungeborenen Widerstandsfähigkeit des Landes geliefert und das stetige Anwachsen der französischen Heere entscheidende Erfolge wenigstens als möglich erscheinen lassen.

Der formelle Akt, welcher das so schwer und doch nur halb zu Stande gekommene Werk der Einigung Deutschlands lösen sollte, die für heute anderwärts Proklamirung des deutschen Kaiserreichs ist, aus bisher unbekanntem Grunde, unterblieben. Der Preussenkönig mag wohl den Moment, wo die Erfolge der Deutschen wieder sehr in Frage gestellt zu sein scheinen, nicht für geeignet halten, sich durch die Proklamirung zum deutschen Kaiser für diese Erfolge eine Nationalbelohnung votiren zu lassen.

Nachdem Preußen seine Absichten auf Luxemburg allem Anscheine nach im Wege eines gültigen Schlichtungsgeschäftes verwirklicht wird, hat es unzulänglich seine heftigen Reclamationen wegen des Nationalitätsbruchs des Großherzogthums ausgegeben. Natürlich, wenn der Krieg unnötig geworden, so braucht Preußen auch keinen casus belli.

Die amtliche Notification, daß sich das Berliner Kabinett durch den Vertrag vom Jahre 1867, betreffend die Neutralitätsverpflichtungen, angeht, der notorischen Verletzung der Neutralitätsverpflichtungen seitens der großherzoglichen Regierung nicht mehr als gebunden erachten könne, ist vor einigen Tagen bereits hier erfolgt. Die Auslegung die dieser Erklärung gegeben wurde, läßt nach einer officiösen Wiener Correspondenz annehmen, daß Preußen zwar nicht mit Feindseligkeiten gegen das Gebiet von Luxemburg vorgehen, wohl aber bei Transporten von Truppenzügen und dergleichen sich nicht mehr abhalten lassen werde, luxemburgisches Gebiet zu betreten. Bekanntlich steht der Londoner Vertrag vom 11. Mai 1867 unter dem Schutze der „Collectivgarantie“ der Signatarmächte Oesterreich, Preußen, England, Frankreich und Rußland. Der officiöse Correspondent führt aber sogleich aus, daß sich voraussichtlich keine Worte des Vertrages annehmen werde; Preußen und das mit ihm einverständliche Rußland zum Voraus nicht, England, weil es gleich nach der Unterzeichnung seine Unlust kund gegeben, Frankreich wegen seiner Kriegsbedrängnis nicht, Oesterreichs Interesse — fährt er fort — ist an der Sache nur insofern betheiligte, als die Heiligkeit der Verträge damit einen neuen Stoß erleidet. Material liegt ihm die Sache zu fern, als daß es sich daran die Finger verbrennen sollte. Hat man hier die Verletzung des Prager Friedens aus Gründen der Staatsraison stillschweigend hingenommen, so wird man um so viel mehr Anstand nehmen, sich an der Luxemburger Frage zu reiben. Es ist dies wieder einer jener Fälle, wo Schweizer Gold ist, während Neben — Eisen sein könnte. Die eminente Friedenspolitik unseres Cabinets legt ihm die Verpflichtung auf, sich mit Resignation zu wappnen, wo es sich einem Dilemma gegenüber befindet, das zu einer blutigen Lösung führen würde.

Das „Vatic.“ bemerkt dazu: Es fällt und nicht ein, einen gegenwärtigen Rath geben zu wollen, nur das wollen wir bemerken, daß bei dieser nothwendigen und anerkannten Resignation die repräsentative Seite der Großmächte würde so ziemlich ins Gegeheil umschlagen. Was ist das noch für eine Ehre, als Großmacht in einem europäischen Congresse vertreten zu sein und Verträge mitunterzeichnen zu dürfen, welche bei der nächsten Gelegenheit von einer der Vertragsmächte selber oder von einem vorgeschobenen Signatanten über den Haufen geworfen werden, und dann zu einem Congreß geladen zu werden, welcher den Vertragsbruch sanctioniren soll und muß? Da bleibt denn doch die Würde der Mächte des sogenannten zweiten und dritten Ranges, die zu den Congressen von vorne herein nicht beigezogen werden, besser gewahrt. Darum möge unser auswärtiges Amt die gepredigte Resignation lieber gleich im Notenschriften üben und in diejenigen Dinge sich nicht mischen, die es zu ändern weder den Willen noch die Macht hat.

Von Versailles wird dem „Echo du Luxembourg“ geschrieben: „Man versichert im großen Hauptquartier, daß der König von Preußen ein Telegramm des Prinzen Heinrich (von Luxemburg) erhalten habe, welcher ihn inständig bittet, die Erklärungen der großherzoglichen Regierung abzuwarten, ehe er handle. Ich zweifle, daß diese Empfehlung viel Erfolg habe, besonders wenn, wie man hier behauptet, die Annexion des Großherzogthums im Einvernehmen mit England eine abgeschlossene Sache ist; dieses hätte durch seine Einwilligung erlangt, daß Deutschland seine Forderungen bezüglich eines Theiles von Lothringen etwas herabstimme. Die Reise Herrn Do Ruffels soll diesem Gegenstande nicht fremd gewesen sein.“

Die im Prinzip bereits allseitig angenommene Konferenz zur Austragung der Pontusfrage ist bezüglich des Zeitpunktes des Zusammentritts noch ungewiß. Wahrscheinlich jedoch dürfte die Konferenz erst nach Neujahr ihren Anfang nehmen. Der Ort der Beratungen wird jedenfalls London sein. Gewiß ist auch, daß alle anderen Fragen, als die Pontusangelegenheit, von den Konferenzverhandlungen ausgeschlossen bleiben. Der neue König von Spanien, Amadeus, wird am 22. December sich auf die Reise in seine neue Heimat begeben. Ob mit ihm auch die Ruhe und Zufriedenheit in Spanien einziehen werden, möchten wir sehr bezweifeln. Schon vor seinem Thronantritt wird dem jungen König ein Protest entgegengehalten. Aus Turin schreibt man: Isabella II. hat dem König Amadeo mehrere Dokumente gegen seine Wahl übergeben, darunter

auch einen Aufruf an die spanische Nation, das durch die Revolution dem legitimen König Alfons zugesagte Unrecht wieder gut zu machen, jedoch ohne Gewaltanwendung.

Napoleon ein Republikaner.

Wien, 14. December. So lehrreich und wichtig auch alle Enthüllungen waren, welche die Pariser Regierung in den geheimen Pulten des Kaisers machte, so war es doch nicht ihr, sondern einem anderen vielgenannten und mit Recht vielgeschmähten Manne vorbehalten, ein Attentat aus der Verborgenheit hervorzuerröten, das — seine Echtheit vorausgesetzt — wenn nicht an Bedeutung, so doch an Interesse, alle bisher veröffentlichten Papiere des Kaisers in den Schatten stellen könnte. Emile de Girardin, dessen ganzer Lebenslauf nichts als das Streben ist, stets durch etwas Unerwartetes oder gar Absonderliches die Welt zu überraschen und die Aufmerksamkeit der Zeitgenossen auf sich zu lenken, hat in einer jetzt erschienenen Broschüre eine Proclamation publizirt, welche Napoleon selbst entworfen haben soll, die er selbst an Frankreich richten wollte, und welche, sobald sie in der That authentisch ist, Niemand, der eine Geschichte aller Wandlungen und Töden des Kaisers entwerfen wollte, außer Acht lassen wird. Napoleon ging, Girardin's Enthüllungen zufolge, nach den gewaltigen Schlägen, die ihn bei Wörth und Metz getroffen haben, mit dem Gedanken um, die Republik in Frankreich zu proklamiren, ja, er wollte sich an die Spitze der besetzten Völker stellen, er wollte das Banner der europäischen Republik schwingen und alle Nationen zum Kampf wider ihre Brüder entflammen.

Dieser Plan ist in einem Telegramm an die Kaiserin vom 21. August niedergelegt und der Entwurf zur Proclamation trägt daselbe Datum. Hat man es hier mit einer verspäteten Unthat zu thun oder wollte Napoleon selbst am Vorabend der Katastrophe von Sedan irgend eine neue riesige Leistung, ein neues Falschspiel von großartigen Dimensionen beginnen? Hat sich das Gewissen, das ja selbst die Kinder der Hölle manchmal überkommt, in Napoleon geregt oder wollte er im späten Lebensalter nochmals die Bahn des Verbrechens betreten? Und weshalb sollte er diesen Plan, der ihn zum Waffenbruder Mazzini's gemacht hätte, nicht ausgeführt haben? Hat die ehrgeizige Kaiserin dieses Vorhaben hintertrieben? Sah Napoleon ein, daß die Demokratie, in deren Arme er sich werfen wollte, ihn nur mit Hohn und Verachtung empfangen würde? War der ganze Plan nur das Produkt einer momentanen Erregtheit? Oder ist das Ganze schließlich ein Nachwerk Girardin's? Dies wissen wir nicht; uns liegen lediglich in einer von Girardin veröffentlichten Broschüre die nachfolgenden Aeußerungen vor:

Am die Kaiserin-Regentin!
 21. August 1870.
 Wenn die Schlacht, welche bevorsteht, ein Sieg wird, so wäre das einzige Mittel, um der Absehung, dem Sturz, der Flucht, dem Exil, das man voraussehen muß, eine stolze Proclamation, in dem Sinne, wie die hier beigeflossene, die zu folgen gestatten würde:
 „Alles ist verloren, nur das Prestige nicht.“
 Proclamation.
 21. August 1870.

Im Jahre 1854 griff Frankreich im Namen des bedrohten europäischen Gleichgewichtes zu den Waffen, um die Türkei gegen Rußland zu beschützen. 1859 erhob es aus demselben Grund die Waffen, um Piemont gegen Oesterreich zu beschirmen. 1866 hatte dessen angelegentlichste Vermittlung die ein Sabotage streigende Preußen unter den Mauern von Wien aufgehalten und Genöthig an Italien gegeben. 1870, in der Stunde der höchsten Prüfung, welche sein Ruhm befehlen muß, steht ihm die Unterfütterung der Signatarmächte vom März 1856, aber es gibt einen anderen Stille, die ihm nicht abgehen wird, und dies ist die der Kaiser, wenn es andersversteht an diese im Namen der französischen Republik appellirt, im Namen der vereinigten Staaten Europas, deren Bildung allein den krummüberberichten Kriegen ein Ende machen kann, den Frieden entwarf, das Budget reduciren, die Steuern erleichtern, was ja so dringend mein Vrief vom 4. November 1863 den Souveränen empfohlen hatte.

Diesem Appell steht — ich weiß es — in Wege die kaiserliche Regierung, die ich vorstelle.
 Wenigleich diese Regierungsform zweimal mit immerer Majorität, am 21. November 1852 und 8. Mai 1870, durch ein Plebisit ratificirt wurde, so wäre ich doch des unsterblichen Namens, den ich trage, unwürdig, wenn ich die Verantwortung, die ich auf mich genommen, vor mir abzulegen, die Herrschaft meiner Dynastie über die Integrität meines Vaterlandes heben würde. In meinem Namen und im Namen meines Sohnes und aller Meinigen, verzichte ich auf die Krone, die ich trage.
 Ich verzichte in freier Entschlieung auf die höchste Gewalt. Von dem Tage an, an welchem diese feierliche Erklärung erlassen sein wird, erkläre ich mich nur einen Bürger, der künftighin seinen anderen Erbsitz kennt, als die anfruchtigste Verläugnung, der keine andere Größe anstrebt, als jene der Opfer.
 Der Senat und der gesetzgebende Körper sind beizulassen. Sie mögen nun ohne Bögen nach dem Beispiele dessen, was im Juni 1848 geschah, das Heil des Landes über die Verfassung setzen, und einen Conventionspräsidenten, einen Chef der Executive ernennen, welcher, indem er ihr Vertrauen bewahrt, auch seine Functionen bis zu dem Tage behalten wird, wo mit dem Wiederauflieben der Constitution vom 4. November, das Suffrage universel neuerdings zur Wahl des Präsidenten der Republik schreiben können wird.

Franzosen, wenn dies Eurer Meinung gemäß ist, so wird sich meine Stimme mit der Euren vereinigen, um den Schrei zu erheben, welchen alle nach dem Frieden und seine Wohlthäter strebenden Völker wiederholen werden: Es lebe die europäische Föderativ-Republik!
 So werden jene Worte des Kaisers Napoleon I. in Erfüllung geben, die er am 22. April 1815 bei der Unterzeichnung der Abdicationsacte ausgesprochen. Er sagte: „Unter Zweck ist, ein großes europäisches Föderativ-System zu gründen, das mir als dem Geiste des Jahrhunderts gemäß und die Fortschritte der Civilisation begünstigend angenommen haben.“
 Louis Napoleon Bonaparte.

Vom Kriege.

Wien, 15. December.
 Es ist geradezu unmöglich, sich hinsichtlich der jüngsten Ereignisse in Frankreich auch nur ein halbwegs klares Bild zu machen. Französische Nachrichten fehlen seit einigen Tagen gänzlich; die preussischen officiellen

und nichtoffiziellen Berichte aber sind so unklar, verworren und verflau-

stelt, daß sie eine richtige Beurtheilung der Sachlage gänzlich ausschließen.

Selbstverständlich sind diese preussischen Berichte eitel Siegesnachrichten.

Aber wie sind diese Siegesbulletins beschaffen? Einmal meldet der „greife Helmenkönig“:

Die Mobilgardes stießen, werfen ihre Waffen vor sich u. s. w., es blieben aber leider noch immer genug übrig; ein anderes Mal lesen wir zu unserer großen Ueberräschung:

Die schon unzählige Male gänzlich aufgeriebene Nordarmee sei in ihrem Anmarsch auf Paris durch ein siegreiches Gefecht aufgehalten — also nicht zurückgeworfen — worden, wo doch von einer Operation dieser Armee gegen Paris schon lange keine Rede gewesen war.

So viel scheint gewiß, daß in den letzten Tagen an vielen Punkten gekämpft wurde und wohl auch gegenwärtig noch gekämpft wird.

Die französischen Nachrichten und die deutschen definitiven Berichte über die gegenwärtige Aktion müssen abgewartet werden, ehe man sich über den Ausgang dieser Kämpfe ein Urtheil bilden kann.

Von den Operationen der Trochu-Ducrot'schen Armee ist es ganz still geworden; offenbar steht die Wiederaufnahme derselben erst zu gewärtigen, wenn die Loire- und die Nordarmee, welche beide Paris zum Ziele ihrer Aktion gemacht haben, weit genug vorgerückt sind, um in den Gang der Ereignisse, welche sich vor Paris vorbereiten, wirksam eingreifen zu können.

Aus den heutigen Depeschen ergibt sich, daß die bei Orleans über die Loire gegangenen preussischen Colonnen zunächst südlich auf Vierzon, und dann von Ober abwärts gegen Westen zogen und Komorantin und Montzichard besetzten, so daß sie in der Lage wären, Tours von der Südseite her anzugreifen.

Um sich gegen diese Umgehung zu schützen, hat General Chanzy plötzlich Blois verlassen und sich auf Tours, oder wenigstens gegen den Eber gewendet, so daß die französische Aufstellung jetzt von Le Mans an der Sarthe über Tours bis gegen Vierzon reicht.

Hier sucht sie die aus dem Westen und Süden heranrückenden Verstärkungen an sich zu ziehen, während andererseits Bourbaki mit den französischen Streitkräften im Südosten sich zu vereinigen strebt; ob ihm Prinz Friedrich Carl dahin nachgefolgt ist, oder ob letzterer sich bei den Truppen am Eber befindet, ist aus den vorliegenden Meldungen nicht ersichtlich.

Aus Metziers schreibt man vom 7. December dem „Echo du Luxembourg“:

Die Freischützen des Departements du Nord haben zwischen Sedan und Vouillon einen Wagen mit preussischen Depeschen und einer Geldsumme von 250.000 Francs abgefangen; außerdem haben sie vier Gefangene gemacht.

Das „Dresdner Journal“ bringt einen ausführlichen Bericht über den durch die Franzosen ausgeführten Ueberfall eines sächsischen Detachements in Creppigny.

In dem Berichte wird ausdrücklich constatirt, daß die Sachsen gegenüber reguläre Truppen standen, und daß diese von Außen her in das Städtchen drangen.

Trotzdem wurde im preussischen Hauptquartier ein angeblich „verrätherischer“ Ueberfall durch Freischützen zum Vorwande des Befehls genommen, die Stadt niederzubrennen.

Die Sachsen verloren bei der Affaire 6 Officiere, 149 Mann, 59 Pferde, 1 vierpfündiges Geschütz, 2 Munitionswagen.

Die Festung Pfalzburg war der letzte Punkt außer der Felsenveste Bützsch, welche in französischer Hand war.

Um ein ganz bedeutendes Einkommen bringen würde. Redner empfiehlt schließlich noch einmal die unveränderte Annahme des auch vom Unterhause acceptirten Textes.

Graf Georg Károlyi erklärt sich durch die Antwort des Ministers vollkommen zufriedenge stellt und zieht die von der Finanzkommission gestellte Modifikation zurück.

Nachdem sich noch Baron Bela Lippay zustimmend über die Vorlage geäußert, wird dieselbe unverändert angenommen.

Noch wird der Gesetzentwurf über die provisorische Beibehaltung der Finanzgerichte verlesen, ebenfalls angenommen, worauf die Sitzung um 3/4 3 Uhr geschlossen wird.

Peß, 14. December. (Unterhausung.) Präses: Somfich. Auf der Ministerbank: Gorove, Horváth, Andrássy.

Die Sitzung wird um 1 Uhr eröffnet. Nach Verlesung und Authentisirung des Protokolls der gestrigen Sitzung werden einige eingereichte Privatgesuche an die Petitionskommission gewiesen.

Benj. Suty richtet nach kurzer Motivirung folgende Interpellation an den Finanzminister: Bei der Vertheilung der Bodensteuer wurde für diejenigen ungarischen Komitate, welche vor der Union mit Siebenbürgen zu letzterem gehörten die Grundsteuer auf 10% des Reinertragnisses fixirt, während die ungarische Grundsteuer 16% des Reinertragnisses ausmachte;

dieses Mißverhältniß war dadurch gerechtfertigt, daß man das Reinertragniß der siebenbürgischen Felder weit höher anschlag; der Ges.-Art. XXV: 1868 erhob die ungarische Grundsteuer von 16 auf 20%, als nun die Komitate, welche früher zu Siebenbürgen gehörten, wieder in Ungarn einverleibt wurden, mußte auch dort die Grundsteuer in derselben Höhe entrichtet werden, wie in den anderen Gebieten Ungarns, während das Reinertragniß eben so hoch angenommen wurde, wie in Siebenbürgen.

Unter diesem Mißverhältniß leiden dieselben noch jetzt; der Finanzminister möge daher antworten, ob er von diesem Uebelstande wisse, ob, und wie er abzuhelfen gedenke?

Die Interpellation wird dem Finanzminister zugestellt werden. Ludwig Papp interpellirt den Kommunikationsminister, ob es wahr sei, daß der gemeinsame Kriegsminister das Donauufer bis Alt-Drava der ausschließlichen Benützung der k. k. priv. Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft überlassen habe?

Interpellant hebt die Schädlichkeit des Ausschusses der freien Konkurrenz hervor und findet schon von diesem Standpunkte aus die Verordnung des Ministers unzulässig.

Koloman Széll reicht den Bericht der Finanzkommission über den Gesetzentwurf und die Pläne zur Donauregulirung zwischen Peß und Ofen ein; zugleich meldet er ein Separatvotum des Abg. Wahrmann an. Beide Berichte werden in Druck gelegt werden.

Kol. Szy cz y wünscht, daß der Bericht sofort gedruckt und schon morgen vertheilt werde, damit man alle auf das 24-Millionen-Anlehen bezüglichen Gegenstände auf einmal erleben könne.

Der Präsident erklärt, daß man erst morgen den Druck besorgen könne. Virgil Szilágyi reicht den Bericht der Centralsektion über den Boulevardbau ein.

Eduard Horn meldet im Namen der V. Sektion ein Separatvotum an. Es entwickelt sich hierauf eine kurze Debatte, wann diese Berichte zur reichstäglichen Verhandlung gelangen sollen.

Die Majorität entscheidet sich für Freitag. Kommunikationsminister Gorove reicht einen Gesetzentwurf über den Ausbau der Speries-Tarnower Bahnstrecke ein; derselbe wird der Eisenbahnkommission zugewiesen.

Eduard Jsebenyi wünscht, das Haus möge bestimmen, wann die Weihnachtferien beginnen, damit bis dahin alle Vorlagen erledigt werden, welche auf die von der Regierung verlangte Indemnität Bezug haben.

Josef Juszt hält das für keinen Gegenstand der öffentlichen Verhandlung. Ministerpräsident Graf Andrássy erklärt, die Regierung werde nach erhaltener Indemnität es dem Hause ganz freistellen, wann immer die Weihnachtferien zu beginnen.

Damit schließt die Sitzung um 3/4 2 Uhr. Nächste Sitzung noch nicht bestimmt; wenn gewisse Gegenstände erledigt sein werden, dann ist morgen, 1 Uhr Mittags Sitzung, wo nicht, übermorgen 10 Uhr Vormittags.

Aus der ungarischen Delegation.

Präsident Bittó. In den Ministeranteils Graf B e u f, Kriegsminister Dr. K u h n, Finanzminister L ó n y a y, General B e n e d e t und Sektionschef Dr. D r e z y.

Präsident meldet zwei nachträgliche Eingaben des gemeinsamen Ministers für Aeußeres an; die eine Eingabe ist eine Ergänzung zum Motivenbericht über die Konjulate.

In der zweiten Eingabe wird eine Nachtragsgesetzgebung von 69,400 fl. bei den Konjulaten gestellt.

Koloman E r n st interpellirt den Kriegsminister wegen der zahlreichen Mißbräuche und Uebelstände, die das Waffentragen der Soldaten außer Dienst im Gefolge hat; es werde dadurch sowohl die Sicherheit der friedlichen Bürger in manchen Fällen gefährdet, als auch zahlreiche blutige Konflikte zwischen den Truppenteilen selbst herbeigeführt.

Interpellant fragt den Kriegsminister, ob er diesem Uebelstande steuern wolle. Auf der Tagesordnung folgt die Aufnahme des Beschlusses der Militärabtheilung über die vom Kriegsminister zu verlangenden Aufklärungen und über die zu entscheidende Sechser-Kommission.

Graf A p p ó n y i bittet, die Verhandlung möge auf morgen verschoben werden. Präsident Bittó macht geltend, daß vorerst darüber entschieden werden müsse, ob überhaupt der eingereichte Antrag als Gegenstand der Verhandlung acceptirt wird oder nicht.

Es entspinnt sich nun eine kurze Debatte, in der Graf S z ó c s e n und Ferdinand Z i c h y für den sofortigen Schluß der Verhandlung und Vertagung derselben bis morgen plaidiren, der Präsident und Koloman S z é l l hingegen vorerst darüber entscheiden lassen wollen, ob der Beschlusstrag Gegenstand der Verhandlung wird oder nicht.

Letztere Ansicht bringt durch, und wurde bei der Abstimmung der Beschlusstrag als Gegenstand der Verhandlung acceptirt. Die Verhandlung hierüber ist für morgen 12 Uhr festgesetzt.

Finanzministerium eine Forderung 1871. Da bis dahin sein kann, so bitten terbeihen folgende S und zwar: Das geme für die Lande für die Mar für das Fin für den ober

Aus

Peß, 15. D ausschließ der über 80 Millionen. Sch Lónyay präside habende Atentü dem offiziellen Gro die Gemeinwafk b Beitrag zu den Geb gierung ging von an sämmtlichen öder plicht Ungarns zu sei. Dem einwiesch des gemeinsamen R Ministeriums fertig tischen Protestes die tragung in die öde Sektionschef Wenig Rehtens ben judiz geschossen sei offen vorliege.

Peß, 15. D ungarischen Delegation Sitzung, um über Januar und Febru ministar L ó n y a y wurden gegen die Frage erörtert, ob ein gemeinsamer Ausgab das ganze kommende nicht vorgehen habe. Specially Bestimmung bräuchlichen parlamen Ferner wurde beilei Veränderungen a sollten, die mal alle nanquiminer Lónyay gegen diesen Modus als betrachte die Del budget; übrigens übe die auf Grundlage d müße.

Nach diesen A Summe.

Peß, 14. D antages ist höherer des Montursstatus E geändert werden, den Gemein vorgezulege. leiter der Kriegsmi nechnagt wird. Dem Niederösterreich, R

Peß, 15. D De fassungspartei un Der Ungarisch daß man dort die in von Lothringen an d des Kaisers von D Annäherungsverände Geme Londoner bis jetzt weiter Einli überaupt schon enie

Die heute an bezüglich der Jadem Januar und Febru 13'2 Millionen auf Ressort und der Riß

Peß, 15. D tagt; von der Catio im vorigen Jahre w geräht, nachdem E

Neusa y, die serbische Regieru vorläufig zu reni. hab n, man hätte. Hofnung ghebt, b auf den jetzlichen

Ag a m, 13 des Landesbudgets Landesbuchhaltung u

Wien, 14. raths-Korrespondenz Woche tharischlich Einladungen zum

Verhandlungen, we Kanlers Grafen De Defensisch er schließt sich aber den Die Verhandl

solche Wendung ge ruffisch-türkische Kon Die „Presse“

Entscheidung in de Presprozeß des „D wegen der bekannten Die heutige

Mittheilung der Pe Pseudokontingen Wien, 15. Wien, 16. stimmung zu der W

würde. Redner empfiehlt... die Antwort des Ministers...

zumündend über die Vor... die Besetzung und Aush...

ung folgende Interpellation... die Besetzung und Aush...

ationensminister, ob es wahr... die Besetzung und Aush...

den Druck besorgen könne... die Besetzung und Aush...

den Zentralsektion über den... die Besetzung und Aush...

den Besetzungswiss über den... die Besetzung und Aush...

den Besetzungswiss über den... die Besetzung und Aush...

den Besetzungswiss über den... die Besetzung und Aush...

den Besetzungswiss über den... die Besetzung und Aush...

den Besetzungswiss über den... die Besetzung und Aush...

den Besetzungswiss über den... die Besetzung und Aush...

den Besetzungswiss über den... die Besetzung und Aush...

den Besetzungswiss über den... die Besetzung und Aush...

den Besetzungswiss über den... die Besetzung und Aush...

Finanzminister Lönyay überreicht im Namen des Gesamtminis...

Table with 2 columns: Item, Amount. Includes 'für das gemeinsame Ministerium des Äußern', 'für die Landarmee', etc.

Schluss der Sitzung um 3 1/2 Uhr.

Aus der Reichsraths-Delegation.

Wien, 15. December. Gestern legte Graf Beust dem Budget...

Wien, 15. December. Nach der gestrigen öffentlichen Sitzung...

Wien, 15. December. Nach der gestrigen öffentlichen Sitzung...

Wien, 15. December. Nach der gestrigen öffentlichen Sitzung...

Irland.

Wien, 14. December. Die Verabreichung des Appoy'schen Beschl...

Wien, 14. December. Die Verabreichung des Appoy'schen Beschl...

Wien, 14. December. Die Verabreichung des Appoy'schen Beschl...

Wien, 14. December. Die Verabreichung des Appoy'schen Beschl...

Wien, 14. December. Die Verabreichung des Appoy'schen Beschl...

Wien, 14. December. Die Verabreichung des Appoy'schen Beschl...

Wien, 14. December. Die Verabreichung des Appoy'schen Beschl...

Wien, 14. December. Die Verabreichung des Appoy'schen Beschl...

Die „N. Fr. Pr.“ mahnt angesichts der feierlichen Besetzung...

Wien, 16. December. Die heutige Generalversammlung der...

Wien, 14. December. Ein Statthalteredict unterlegt die für den...

Wien, 15. December. Der Liberale Verein erklärte das Verbot...

Wien, 13. December. Die katholische Landesversammlung hat...

Wien, 14. December. Für Graf Leo Thun, Baron Stillsried und...

Wien, 15. December. Professor Maassen ist in Folge der vor...

Wien, 15. December. Im Stadtvorordneten-Collegium verlas...

Wien, 15. December. Die deutschen Stadtvorordneten haben...

Wien, 15. December. Die deutsche Zollinspektion in Bodenbach...

Wien, 15. December. Der Hochverratsprozess gegen die Blanck-Bändler...

Berlin, 15. December. Graf Bismarck hat in der Pontus...

Berlin, 15. December. Der Postverwaltung macht die...

Berlin, 14. December. Eine Korrespondenz der „Alln. Ztg.“...

Wien, 15. December. Von den soeben in den Ausschuss...

Wien, 15. December. Die Correspondenz hat das sagt:...

men. Die neutralen Mächte, welche begreifen, daß Frankreich im europä...

Petersburg, 14. December. Ein kais. Manifest verordnet für...

Die Antwortsache des Grafen Beust auf die Replik des Fürsten...

Die Antwortsache des Grafen Beust auf die Replik des Fürsten...

Lokal- und Tagesnachrichten.

Hermannstadt, 19. December. Frau Elise Schaller Freiin von Löwenthal, Witwe des...

Die Beethovenfeier des Hermannstädter Musik-Vereins.

Daß Hermannstadt, die erste Pflegestätte klassischer Musik in Sieben...

Die zweite Nummer des Programms brachte uns Beethovens C Es m o 11...

Einem wahrhaft köstlichen Genuß bereicherte uns nunmehr Hr. J. L. I. durch...

Die Orientierung der nunmehr folgenden 7. Symphonie war für...

Wir glauben daher nur einem Wunsche Aller Genüge zu thun, wenn...

*) Wir wollen in diesem nicht unerwähnt lassen, daß die unheimlichen Stellen...

Table with 2 columns: Item, Price. Includes 'Telegr. Wiener Cour v. 17. December 1870.', '5% Metalliques', '5% Metalliques', etc.

